



DAVID GEGEN GOLIATH

Tagebaurandbetroffene bekommen
Unterstützung

> Seite 3



ENQUETE GEGEN DAS VERGESSEN

Was und wie Brandenburg aus der
Vergangenheit lernt

> Seite 7



DEMOKRATIETAGE GEGEN RASSISMUS

Tolerantes Brandenburg lädt
im August nach Potsdam

> Seite 9



WOHIN DIE REISE GEHT

Der Landtag macht Sommerpause. Doch ganz zur Ruhe kommen wir nicht. Es wird noch eine Weile dauern, bis sich die Wogen des Hochwassers verlaufen haben. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bekenntnisse für eine naturnahe Hochwasservorsorge auch in politische Entscheidungen einfließen. Das betrifft auch den Ausbau der Flüsse zu Wasserstraßen, den der Verkehrsminister neben Schienen- und Straßenprojekten an den Bund gemeldet hat.

Wer Verkehr sät, wird auch Lärm ernten. Selbst im Urlaub wird es immer schwerer, Ruhe und Entspannung zu finden. Wir wollen nicht nur, dass 100-prozentiger Schallschutz am BER durchgesetzt wird,

sondern dass es auch an Straßen und Schienen leiser wird. Wichtig finden wir, dass sich die Jugend Gehör verschafft – zum Beispiel auf den Tagen der Demokratie, zu denen „Tolerantes Brandenburg“ und Sportjugend im August einladen. Wir sind dort genauso anzutreffen wie auf unserer Sommertour – diesmal auch mit unserem neuen Fraktionsmitglied.

Wohin auch immer Ihre Reise geht: Wir wünschen entspannende Sommerwochen mit spannender Lektüre.

3 FRAGEN AN...**MICHAEL JUNGCLAUS**

© Fraktion

Das Land durchlebte in diesem Sommer wieder eine Jahrhundertflut. Hat denn Brandenburg nichts aus den Hochwassern der letzten Jahre gelernt?

Seit der ersten jüngeren Jahrhundertflut 1997 wurden die meisten Hochwasserschutzanlagen in Brandenburg saniert – auch wenn man den Plänen hinterher hinkt. Aber es reicht eben nicht, die Deiche höher zu bauen. Je höher die Nachbarländer bauen, desto mehr Wasser kommt bei uns an – das artet in ein regelrechtes Wettrennen aus.

Wie kommt Brandenburg aus dieser Spirale heraus?

Die Flüsse brauchen mehr Raum, um sich bei Hochwasser auszubreiten. Mit der Deichrückverlegung am „Bösen Ort“ bei Lenzen gibt es bei uns ein erstes umgesetztes Projekt, das Überschwemmungsflächen schafft. Doch wir brauchen mehr davon, wenn nicht jede Flut zu einer Katastrophe werden soll. Aber mit der Versiegelung und Verdichtung von Böden durch Verkehr, Gewerbe und die industrielle Landwirtschaft steht Jahr für Jahr immer weniger Fläche zur Verfügung, wo das Wasser leicht versickern kann.

Sind aber Hochwasser nicht auch wetterbedingte Naturereignisse?

Das Wetter hat einen Einfluss, aber auch zunehmend der vom Menschen verursachte Klimawandel. Wir müssen die Auswirkungen des Klimawandels begrenzen, aber unsere Fraktion will auch dessen Ursachen bekämpfen und nicht nur an den Symptomen herumdoktern. Das bedeutet auch, mit dem Ausstieg aus der Braunkohle den CO₂-Ausstoß zu verringern.

Michael Jungclaus ist Sprecher für Umwelt-, Energie-, Verkehrs- und Verbraucherschutzpolitik der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

MEHR ALS DAS RECHT AUF EINEN KITA-PLATZ

Eltern wissen nun, worauf sie sich einlassen: Pünktlich zum Inkrafttreten des Kitaplatzanspruchs für Kinder ab einem Jahr erscheint im August der Brandenburger Teil der NUBBEK-Studie zur Kitaqualität. Unsere bildungspolitische Sprecherin Marie Luise von Halem stellt ab Herbst mit Studienleiter Wolfgang Tietze an mehreren Orten im Land die Ergebnisse vor und diskutiert mit allen Interessierten, wie die Qualität der Kitas verbessert werden kann.

Termine der öffentlichen Veranstaltungsreihe ab September unter <http://gruenlink.de/jn0>

MEHR RECHTE FÜR DEMOKRATIENACHWUCHS

Wer als Kind lernt, dass die eigene Stimme zählt und das eigene Engagement nicht ins Leere läuft, wird auch später eher wählen gehen und sich gesellschaftlich engagieren. Darüber waren sich die Teilnehmer_innen auf dem vom Landesjugendring veranstalteten Jugendbeteiligungskongress im Juni dieses Jahres einig. Deshalb werden wir uns weiter dafür stark machen, endlich den Anspruch auf angemessene Beteiligung von jungen Brandenburger_innen auch gesetzlich zu verankern und damit alle Kommunen in die Pflicht zu nehmen.

MEHR RECHTSSPRECHUNG ZU FRISTEN BEI KOMMUNALABGABEN

Das Urteil der Karlsruher RichterInnen zu Verjährungsfristen bei Kommunalabgaben in Bayern hat neue Bewegung in die sogenannte Altanschießer-Diskussion in Brandenburg gebracht. Im Innenausschuss des Landtages vertraten ExpertInnen unterschiedliche Auffassungen, wann nach dem Anschluss an eine Wasserver- oder -entsorgungsanlage die Beitragserhebung verjährt ist. Es ist wahrscheinlich, dass ein Präzedenzfall vor dem Bundesverfassungsgericht verhandelt wird. Unsere Fraktion rät, so lange auf die Änderung des Kommunalabgabengesetzes zu verzichten.

HILFE FÜR TAGEBAUBETROFFENE

DAVID GEGEN GOLIATH

Petra Franz wohnt in Neupetersheim in der Lausitz, 900 Meter von der Braunkohletagebaukante entfernt. Die Welzowerin Hannelore Wodtke 300. Seit 2007 melden die beiden Frauen – wie viele andere Lausitzer_innen auch – dem Unternehmen Vattenfall die bergbaubedingten Schäden an ihren Grundstücken: Geländeabsenkungen, Bodentrichter, Risse in den Gebäudemauern, absterbende Baumkronen, dazu täglich Dreck, Staub und Lärm. Sie sind die Davids in dieser Geschichte.

Vattenfall schreibt zurück. Standardbriefe. Die Wenigsten haben eine positive Antwort oder konkrete Ansprechpartner_innen genannt bekommen. Die Schäden als Folge des Braunkohlebergbaus selbst

nachzuweisen, so wie es die aktuelle Rechtslage erfordert, ist für die Hausbesitzer_innen nahezu unmöglich: Ohne jegliche Unterstützung, z. B. durch das Bergamt, ohne die schwer zu bekommenen geologischen Daten und ein finanzielles Polster für Gutachten und Gerichtskosten haben sie gegen Goliath Vattenfall so gut wie keine Chance.

Licht am Ende des Schachts

Doch das könnte sich nun ändern. Auf Initiative unserer bündnisgrünen Fraktion und der CDU prüft nun zumindest die Landesregierung, eine unabhängige Schiedsstelle zur Schlichtung von Konflikten bei Bergbaufolgeschäden einzurichten. Wirtschaftsminister Ralf Christoffers

gab im Landtag sein Wort, nach der Bundestagswahl eine Bundesratsinitiative zur Beweislastumkehr im Bundesbergrecht zu starten. Auch den Braunkohleunternehmen, die ohnehin die Bergbaubewegungen protokollieren müssen und über fundierte geologische Kenntnisse verfügen, ist es zuzumuten nachzuweisen, dass es sich gegebenenfalls nicht um Bergschäden handelt – bei Untertagebauen, z. B. bei der Steinkohle, ist dies längst gesetzlich verankert. Da der Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen diese Forderung enthält, kann sich Brandenburg der Unterstützung dieses Braunkohlelandes sicher sein. Die Landesregierung wird den Wirtschaftsausschuss des Landtags im Herbst über die Prüfergebnisse informieren.

Risse im grünen Flur

Unsere Fraktion veranstaltet im Spätsommer ein Fachgespräch mit Expert_innen und Betroffenen zum Thema Grundwasseranstieg und Bergschäden. Bis dahin ist in den bündnisgrünen Fraktionsfluren auf dem Brauhausberg eine Fotoausstellung zu besichtigen, die u. a. auch die Grundstückschäden von Petra Franz und Hannelore Wodtke zeigen. Der biblischen Überlieferung nach hat David Goliath besiegt.

Sabine Niels
Sprecherin für
Bergrecht

www.gruenlink.de/jqc



H. Wodtke und P. Franz
im grünen Ausstellungsfloor

© Fraktion



Gut eingefahren: Tourismus auf der Elbe

© loc-stampfer/fotolia.com

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN 2017 BIS 2030

DER WUNSCHZETTEL DES MINISTERS

Da war Jörg Vogelsänger stolz: Mit 90 Vorhaben meint der Verkehrsminister eine realistische Anzahl brandenburgischer Straßenbauprojekte für den Bundesverkehrswegeplan 2017 bis 2030 angemeldet zu haben. 2003 waren es noch 236 Maßnahmen, von denen bislang nur 62 umgesetzt wurden. In der neuen Runde beantragt Brandenburg nun 3 Milliarden Euro – aber angesichts des bundesweiten Gesamtetats von 10 Milliarden bleibt Vogelsängers Liste ein Wunschkonzert à la „Wer soll das bezahlen...?“

Straßen bauen, Verkehr ernten, Kosten steigern

Unter den Anmeldungen sind 10 Autobahnprojekte, 75 Neubauten und Erweiterungen von Bundesstraßen sowie 5 Gemeinschaftsvorhaben mit Nachbarländern. Mit der A14 durch die Prignitz werden ohne Not Ressourcen verbaut – der vier-

spurige Ausbau der bestehenden Bundesstraßen hätte es auch getan, preiswerter und naturschonender. Auch nicht jede der zahlreich geplanten Umgehungsstraßen im Land ist immer das Mittel der Wahl: Sie zerschneiden und zerstören nicht nur Landschaften; die Quittung sind nicht selten verödete Innenstädte – Müncheberg ist nur ein Beispiel dafür. Gar nicht auf der Rechnung hat das Ministerium die Folgekosten. Man sollte nur so viel bauen, wie man sich langfristig an Unterhaltung leisten kann, und einen Sanierungsstau gibt es heute schon. Auch nicht auf dem Zettel des Ministers stehen die Prüfung von Alternativen und Verkehrsvermeidungsstrategien.

Guter Zug

Beim Schienenverkehr sind weitestgehend die richtigen Schwerpunkte gesetzt: Mit dem bereits angemeldeten Ausbau der

Bahnstrecken Berlin-Dresden, Berlin-Stettin und Berlin-Dessau verkürzt sich die Reisezeit – und es erhöht sich die Chance, dass mehr Menschen auf die Bahn umsteigen.

Ein Schiff wird kommen?

Am Ausbau der Elbe für die Berufsschifffahrt hält das Verkehrsministerium leider weiter fest, obwohl völlig unsicher ist, ob Frachtschiffe die anliegenden Häfen überhaupt wirtschaftlich und verlässlich ansteuern können. Die Elbe erreicht seit 20 Jahren schon nicht mehr die an allen Tagen notwendige Mindesttiefe von 1,60 Metern. Maßstab für die Elbschifffahrt muss sein, dass sich die Schiffe dem Fluss anpassen und nicht umgekehrt.

*Michael Jungclaus
Umwelt- und Verkehrspolitischer
Sprecher*

LÄRMAKTIONSPLÄNE IN BRANDENBURG

ZUR RUHE KOMMEN

Lärm nervt. Nicht nur die AnwohnerInnen von Flughäfen. Auch Straßen- und Schienenverkehr kann krank machen. 183 von Verkehrslärm betroffene Städte und Gemeinden in Brandenburg hatten bis Mitte Juli dem Umweltministerium ihre Lärmaktionspläne vorzulegen. Im von unserer Fraktion organisierten Fachgespräch mit VertreterInnen aus Ministerium, Planungsbüros, Kommunen und Bürgerinitiativen wurden jede Menge Probleme laut.

Nicht gemessen, nur berechnet

Wie laut es vor Ort wirklich ist und wie viele Menschen insgesamt betroffen sind, kann das Umweltministerium nicht genau sagen. Denn Lärm wird nicht gemessen, sondern aufgrund von Verkehrszählungen berechnet – und zwar nach Straßen-, Schienen- und



Flugverkehr getrennt. Nur im Umfeld des Flughafens BER wird dies erstmalig zusammen betrachtet.

Für Lärm gelten im Rahmen der Lärmaktionsplanung bislang nur Prüfwerte, die bei 65 (tags) bzw. 55 Dezibel (nachts) liegen. Ohne gesetzliche Grenzwerte gibt es aber keine Pflicht, Lärm zu mindern, und kein einklagbares Recht auf Lärmschutz. Wünschen der Gemeinden wie Tempo-30-Zonen, Durchfahrverbote, Schallschutzwände oder Vorgaben bei Straßensanierungen müssen die dafür zuständigen Behörden zustimmen.

Die Mittel für Lärmschutz müssen aufgestockt werden. Kommunen können aber schon heute kreativ Synergieeffekte nutzen, wo auch andere Probleme zu lösen sind: an Unfallschwerpunkten, beim Stadtumbau, beim Bau von Radwegen und bei Denkmalschutzvorhaben. Am effektivsten bleibt es aber, Verkehr zu vermeiden und Alternativangebote zu machen. In Fredersdorf-Vogelsdorf hat sich z. B. die Zahl der abgestellten Räder nach Ausbau des vormals wilden Radparkplatzes mehr als verdreifacht – Tendenz steigend.

Unlauter im Bundesrat?

Zumindest am Flughafen BER können Betroffene auf ihr Recht auf (relative) Ruhe pochen. Unsere Forderung nach der Annahme des Oberverwaltungsgerichtsurteils zum Schallschutz findet sich nun zumindest im Landtagsbeschluss wieder. Danach darf der Fluglärm tagsüber nicht lauter als 55 Dezibel in Innenräumen sein. Aufsichtsratsvorsitzender Platzeck versprach, bei den beiden Mitgesellschaftern für das Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr am BER zu werben. Er könnte es notfalls aber auch im Alleingang durch eine Änderung des Planfeststellungsbeschlusses durchsetzen.

Im Bundesrat jedoch bleibt Brandenburg beim Luftverkehrsgesetz hinter den Forderungen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zurück und tritt nur gegen „unzumutbaren“ Lärm ein. Was immer man darunter verstehen mag...

Michael Jungclaus
Umwelt- und Verkehrspolitischer
Sprecher

www.gruenlink.de/jqd

KOSTEN HEBEN AB

Nun ist es raus: Die Verschiebung der Flughafeneröffnung kostet mehr als 400 Millionen Euro pro Jahr. Die Investitionen in den Tegel-Airport, der Unterhalt für den BER und entgangene Einnahmen kosten die Flughafengesellschaft FBB monatlich rund 34 Mio Euro. Bald schlagen auch die Umsetzung des OVG-Urteils zum Schallschutz und ein erweitertes Nachtflugverbot mit Millionenbeträgen zu Buche. Die Trickereien bei der Genehmigung der Flugrouten und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Herren Mehdorn und Amann können für die FBB ebenfalls teuer werden. Ob die EU, die man bereits bei der Beantragung der letzten zusätzlichen Finanzspritze in puncto Schallschutz täuschte, weitere Zahlungen an die FBB genehmigt, ist fraglich. Wegen fehlender Liquidität des Unternehmens kann auch die Sanierung der BER-Nord-Bahn nicht vorgezogen werden. Mehrkosten: 50 bis 100 Millionen. Der Aufsichtsratsvorsitzende Matthias Platzeck wirkt angesichts dieser Probleme wie ein Ge-

triebener. Ein halbes Jahr nach dem Wechsel in der Spitze des Aufsichtsrates von Wowereit zu ihm ist es der FBB nicht gelungen, sich aus dem selbst gelegten Sumpf zu ziehen und eine Strategie zur Fertigstellung des Flughafens vorzulegen. Stattdessen wird über Teileröffnungen fantasiert.

Die Idee, den Flughafen als Bauherrenmodell zu errichten, ist gescheitert, die Kluft zwischen Berlin und Brandenburg größer denn je. So wird es auch immer unglaublicher, die gescheiterte Eröffnung vom Aufsichtsrat auf die damalige Geschäftsführung abzuwälzen. Statt ständig neue Schlagzeilen zu produzieren, muss die BER-Spitze endlich durchgerechnete Modelle vorlegen.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender



NACHTSPEICHER WITTERN MORGENLUFT

Dank Rot-Rot dürfen Nachtspeicherheizungen über 2019 hinaus weiter Energie verschwenden. Mit seiner (Ent-)Haltung im Bundesrat hat es Brandenburg der schwarz-gelben Bundesregierung ermöglicht, das bereits 2009 beschlossene Verbot der Stromfresser wieder rückgängig zu machen.



Nachtspeicherheizungen dienen dazu, den von Grundlastkraftwerken produzierten Strom in der nächtlichen Phase niedrigen Stromverbrauchs aufzunehmen. Nach Greenpeace-Berechnungen verursacht ihr Betrieb dreimal mehr Kohlendioxid als Gas-Brennwertkessel und zehnmals mehr als Holzpellettheizungen. Der Weiter-

betrieb der Nachtspeicheröfen sichert so vor allem den Absatz von Strom aus Atom- und den besonders klimaschädlichen Kohlekraft-

werken. Die Argumentation der großen Energiekonzerne, Nachtspeicherheizungen als Speichermedien für erneuerbare Energien nutzen zu wollen, ist vorgeschoben und abenteuerlich: Deutschlands 1,6 Millionen Nachtspeicherheizungen hierzu mit einer teuren Regeltechnologie nachzurüsten, ist so ziemlich der uneffektivste Weg, Energie stundenweise zwischenspeichern.

Als Brandenburger Anwalt der Stromfresser und damit als Bremsklotz für die Energiewende hat sich der linke Wirtschaftsminister Ralf Christoffers geoutet. Wie der treue Kohlefreund seinen Lobbyismus für Vattenfall mit den genau entgegengesetzten Positionen seiner Parteifreunde in der linken Bundestagsfraktion vereinbart, bleibt ein Rätsel.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

AUFARBEITUNG VOR ORT

BEWÄHRUNGSPROBE FÜR DIE ENQUETE

Es ist ein Parcoursritt durch die Diktaturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Hinter der hübschen Barockfassade der Gedenkstätte Lindenstraße in Potsdam entschied nach Machtübernahme der Nazis ein „Erbgesundheitsgericht“ über Zwangssterilisationen, bis Kriegsende waren hier politische Gefangene inhaftiert. Auch nach 1945 blieb die Lindenstraße ein Ort der Willkür: Macht vor Recht galt für die sowjetischen Tribunale bis 1952 und für die spätere Zeit als Stasi-Untersuchungsgefängnis. Wo vorher so viele Biografien gebrochen wurden, traf sich ab 1990 das Neue Forum und engagierten sich Bürgerbewegte für die Demokratisierung der erstarrten DDR-Gesellschaft – im kurzerhand umgewidmeten „Haus der Demokratie“. Seit 1995 steht der Ort als Gedenkstätte offen.

Aufarbeitung der Aufarbeitung

Als sich die Enquetekommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur im März 2011 erstmals mit den Erinnerungsstätten in Brandenburg befasste, war das Ergebnis der Anhörung verheerend: Kaum Einbindung von ZeitzeugInnen, völlig unzureichende finanzielle Ausstattung, die wegen ihrer mehrfachen Vergangenheit nahezu einzigartige Gedenkstätte Lindenstraße ohne festes Personal, getragen vor allem durch Ehrenamtliche. Zumindest für die Lindenstraße blieb die Diskussion in der Kommission nicht folgenlos. Ein neues Trägermodell entsteht, Stadt und Land vereinbarten eine dauerhafte Finanzierung.



Thomas Günther (SPD), Susanne Melior (SPD), Kornelia Wehlan (Die Linke), Ines Hildebrandt (Staatskanzlei), Kerstin Lorenz (Gedenkstätte), Axel Vogel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Dieter Dombrowski (CDU) – v.l.n.r.

Endspurt in der Enquete

Die Enquete will bis zum Jahreswechsel in ihrem Abschlussbericht darlegen, wie die Demokratisierung Brandenburgs gelungen ist und wo es noch klemmt. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussion stehen die Handlungsempfehlungen an die Landesregierung. Unsere bündnisgrüne Fraktion will u. a. NeusiedlererbInnen zu ihrem Recht verhelfen. Wir benennen, wo das Erbe der LPGen und landwirtschaftlichen Großbetriebe noch immer bäuerliche Familienbetriebe ausbremst. Die Verständigung darüber, was aus der Enquete-Arbeit folgen muss, wird zur wahren Bewährungsprobe für die Kommission. Bis Ende 2013 wird sich zeigen, ob Rot-Rot bereit ist, Fehler der Vergangenheit zu korrigieren oder in bloßer Abwehrhaltung verharrt.

Axel Vogel
Fraktionsvorsitzender

IM PORTRAIT

MDL CHRISTOPH SCHULZE VERSTÄRKT DIE FRAKTION

Wir sind zu sechst: Am 21. Mai 2013 stimmten alle fünf bündnisgrünen Abgeordneten dem Antrag von Christoph Schulze auf Aufnahme in unsere Fraktion zu. Die vom Landtagspräsidenten verweigerte Anerkennung dieses Schritts werden wir wohl vor dem Verfassungsgericht einklagen müssen. Der seit 1990 dem Landtag angehörende und aus Teltow-Fläming stammende Arzt war im Dezember 2011 aus der SPD-Fraktion ausgetreten und ist seit dem 30. Mai 2013 nicht mehr Mitglied der SPD.



© Fraktion

„Mit meinen aus der Wende- und Aufbruchzeit 1989 herrührenden politischen Wurzeln und Zielen fühle ich mich der bündnisgrünen Fraktion heute am meisten verbunden“, bekennt der Politiker. „Bürgerrechte, Mitbeteiligung, Transparenz und eine wahrhaft freiheitlich-demokratische Gesellschaft sind unsere gemeinsamen Ideale.“

Aufgewachsen im Grünen

Aufgewachsen ist der 47-Jährige in einer christlichen Familie im Spreewald. Die Mutter, als Chemieingenieurin in einem Pharmabetrieb mit der Herstellung von Pflanzenextrakten aus Hopfen, Ginseng und Sanddorn befasst, stellte unbeabsichtigt die entscheidende Weiche für den späteren Beruf als Mediziner: „Weil ich statt der gewünschten Katze Fische als Haustiere bekam, landete ich bei den jungen Aquarianern im Kulturbund“, erinnert sich Christoph. „Der Leiter war Landarzt. Es hat mich sehr beeindruckt, wie er sich immer um alle kümmerte.“

Die Wahlfälschung bei den DDR-Kommunalwahlen im Mai 1989 war der Auslöser für den Medizinstudenten, sich bei den freien Studierendengruppen an der Humboldt-Uni zu engagieren. In Zossen, wo Christoph seit 1984 wohnt, gründete er

1989 die sozialdemokratische Partei SDP mit, die sich dann mit der SPD in der Bundesrepublik zusammenschloss.

Der Mensch im Mittelpunkt

Christoph Schulze ist direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises 25 mit den Gemeinden Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf sowie den Städten Zossen und Baruth/Mark. Die meisten Menschen kennen ihn aus der Auseinandersetzung um das Thema Flughafen BER. „Der Staat muss für den Menschen da sein und die Lebensverhältnisse so gestalten, dass jeder sein Glück finden kann“, ist er überzeugt. „Mit dem Flughafen BER macht der Staat jedoch seine Bürgerinnen und Bürger aktiv unglücklich.“

Mit seinem Engagement in vielen Vereinen bleibt der Parlamentarier nah an den Menschen. „Ich habe Anfang der 1990er Jahre einen Bürgerberatungsverein bei mir im Ort gegründet, bin Vorsitzender des lokalen Mieterbundes, und der Verein Museumsdorf Glashütte ist mein drittes Kind“, sagt der verheiratete Vater von zwei erwachsenen Söhnen.

Auch bei uns will sich Christoph nicht allein auf das Thema BER konzentrieren. Die Aufteilung der Aufgaben und Ausschüsse wird die Fraktion noch beraten.

Frauke Zelt

GASTBEITRAG

TAGE DER DEMOKRATIE IM AUGUST

Am 23. Juni 1998 beschloss die Landesregierung das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“. Seither hat sich viel bewegt: Zivilgesellschaftliches Engagement hat das Bewusstsein der Menschen verändert. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger sind sensibler gegenüber Angriffen auf die Demokratie geworden und füllen das Handlungskonzept auf vielfältige Weise mit Leben.

Brandenburg in guter Verfassung

15 Jahre später, fast auf den Tag genau, diskutiert der Landtag über „15 Jahre Tolerantes Brandenburg“ und plant im gleichen Atemzug mit den Stimmen von SPD-, Linken-, FDP- und bündnisgrüner Fraktion eine Änderung der Verfassung: Es wird eine „Antirassismus“-Klausel aufgenommen und in Artikel 12 auf den wissenschaftlich überholten Begriff „Rasse“ verzichtet.

Kommt Alle in den Volkspark

Unter dem Motto: „Treffsicher wählen – Demokratie zum Anfassen“ steht Potsdam vom 16. bis 18. August ganz im Zeichen der „Tage der

Demokratie“. Damit wollen wir Jugendlichen Kenntnisse über das demokratische System vermitteln und ihnen vor dem Hintergrund der Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre einen motivierenden Anstoß geben, ihre Chancen auf politische Partizipation und Mitgestaltung verstärkt wahrzunehmen.

Die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden mit Ministerinnen und Ministern, Abgeordneten des Landtags und möglichst vielen Gästen aus Politik und Zivilgesellschaft in Dialog treten. Planspiele und Workshops erhellen aktuelle Themen und Zusammenhänge von Politik, Gesellschaft und Demokratie. Diskussionen zu „Welche Rolle spielen Medien in der Demokratie?“, „Wie wird man Politiker?“ oder „Was macht eigentlich ein Landtag?“ und auch zu verschiedenen Aspekten der Jugendverbandsarbeit laden die Jugendlichen ein, die Säulen der Demokratie kennen zu lernen und ermutigen sie, demokratische Werte bewusst zu leben.

Im kulturellen Rahmenprogramm gibt es Improvisationstheater, ein Konzert mit angesagten Jugendbands, darunter Robby Schulze, und eine Kopfhörerparty. Mit Beachvolleyball, Straßenfußball und Inlineskaten u. v. m. gibt es tolle sportliche Angebote.



© Brandenburgische Sportjugend

Alle Jugendlichen, Verbände und Vereine, Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft laden wir herzlich ein!

*Brandenburgische Sportjugend
Tolerantes Brandenburg*

Das Programm und mehr Informationen unter
www.tage-der-demokratie.de
www.tolerantes.brandenburg.de

Bündnisgrüne Landtagsreden zum Thema:

• www.gruenlink.de/jf8

• www.gruenlink.de/jf9

SPARBÜCHSE WISSENSCHAFT

Das ist auch ein Alleinstellungsmerkmal: Brandenburg gibt von allen Bundesländern am wenigsten für seine Hochschulen aus. Am Ende fällt es dann vielleicht auch nicht mehr auf, wenn noch weiter gekürzt wird. Wir befürchten, dass die Hochschulpaktmittel des Bundes in Brandenburg genutzt werden, um die sogenannte Globale Minderausgabe im Hochschulbereich zu kompensieren. Das hieße: Die vom Bund finanzierte Ausbildung künftiger Fachkräfte wird einer brandenburgischen Einsparquote geopfert. Das wäre nicht nur unredlich, sondern auch unzulässig. Brandenburg sollte sich nicht allzu kuschelig unter der roten Laterne einrichten. Wir wollen von der

Landesregierung wissen, nach welchen Kriterien die Bundesmittel an welche Fachhochschulen und Universitäten verteilt wurden und ob dafür an anderer Stelle im Hochschulbereich gespart wurde.

Wir wollen auch die Arbeitsbedingungen im Brandenburger Wissenschaftsbetrieb sicherer und sozialverträglicher machen – und zwar für Wissenschaftler_innen, studentische Hilfskräfte sowie Beschäftigte in den Hochschulverwaltungen, aber auch für die Lehrbeauftragten und das Dienstleistungspersonal, die oftmals gar nicht offizielle Mitarbeiter_innen der Hochschulen sind. Im Gegensatz zu anderen Berufsgruppen, die unbefristet eingestellt oder



© Benice/fotolia.com

gar verbeamtet werden, gibt es im Wissenschaftsbereich viele befristete und unsichere Beschäftigungsverhältnisse, teilweise nicht tariflich, zum Teil gar ohne Bezahlung. Im Herbst wird der Landtag auf unsere Initiative hin dieses Thema diskutieren.

Marie Luise von Halem
Wissenschaftspolitische Sprecherin

www.gruenlink.de/k1e

www.gruenlink.de/k1x

RECHT AUF REISE

Klassenfahrten sollen Spaß machen, auch den Lehrer_innen. Eine Erholungskur sind sie dennoch nicht. Dass Lehrkräfte diese Dienstreisekosten erstattet bekommen, hat nun auch die Rechtsprechung der Landesregierung ins Stammbuch geschrieben. Rot-Rot hatte dann erstmal alle Klassenfahrten gestoppt, statt rechtzeitig – wie von uns schon 2012 gefordert – finanziell vorzusorgen. Nun stellte Bildungsministerin Martina Münch 500.000 Euro pro Jahr bereit. Von einer bedarfsgerechten Summe, mit der Klassenfahrten in gewohntem Umfang stattfinden können, wie die Ministerin sagt, kann aber

schon allein wegen der fehlenden Bedarfsabfrage keine Rede sein.

Die 625 Euro pro Schule werden wohl nicht reichen. Wohin die Reise geht, sollen aber nicht das Ministerium oder die Schulämter bestimmen, die die Mittel verteilen. Wir brauchen einen Schlüssel, nach dem die Schulen ihre Gelder erhalten und eigenverantwortlich entscheiden, welche Fahrten sinnvoll sind. Wir wollen wissen, ob und wo Mittel fehlen und wie die Schulen mit der Verteilung



© Dudaev Mikhail/fotolia.com

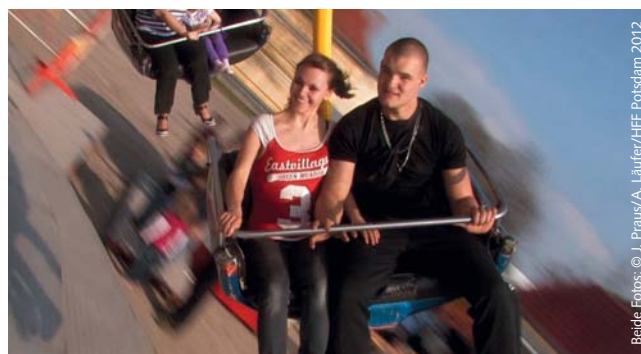
zurechtkommen. Maßstab dabei ist: Es dürfen keine Klassenfahrten aus Geldmangel ausfallen.

Marie Luise von Halem
Wissenschaftspolitische Sprecherin



GRÜNE FILMREIHE: NACH WRIEZEN

Nach Wriezen – das bedeutet für drei junge, straffällig gewordene Männer die Zeit nach ihrer Entlassung aus dem Jugendstrafvollzug. Nach Wriezen – das ist für viele ehemalige Straffällige aber auch der Weg zurück: 80 Prozent von ihnen werden rückfällig. Daniel Abma, Regiestudent an der Hochschule für Film und Fernsehen Babelsberg und Sozialarbeiter, hat die drei „Jungs“ drei Jahre lang begleitet. Sein Dokumentarfilm lässt zweifeln, ob die staatlichen Maßnahmen für die Wiedereingliederung in die Gesellschaft bei diesen jungen Männern erfolg-



Beide Fotos: © J. Pratus/A. Läufer/HFF Potsdam 2012

reich sind – oder sein können. Wir zeigen den preisgekrönten Streifen an fünf verschiedenen Orten in Brandenburg. Nach jeder Vorführung diskutieren Abgeordnete unserer bündnisgrünen Fraktion zusammen mit Regisseur Daniel Abma und Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg mit den Zuschauer_innen.

Sabine Niels
Rechtspolitische Sprecherin

Termine und Orte s. Seite 12 bzw.
unter <http://gruenlink.de/jru>

IN WRIEZEN

Die Justizvollzugsanstalt (JVA) am Rande von Wriezen im Oderbruch ist zuständig für den Vollzug von Jugendstrafen zwischen 6 Monaten und 10 Jahren, die von männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden begangen wurden. Zu den 108 Beschäftigten gehören u. a. 82 Bedienstete des allgemeinen Vollzugsdienstes, 3 Psycholog_innen, 3 Pädagog_innen und 5 Sozialarbeiter_innen.

Beim Besuch der rechtspolitischen Sprecherin der bündnisgrünen Fraktion Sabine Niels bekräftigte JVA-Leiter Wolf-Dietrich Voigt, dass es für die Umsetzung des jüngst für Brandenburg beschlossenen, auf Resozialisierung setzenden Justizvollzugsgesetzes mehr Personal braucht – etwa für die Betreuung von Strafgefangenen mit angeordneter oder vorbehaltener Siche-

rungsverwahrung oder den ausgeweiteten Wohngruppenvollzug. Diese bündnisgrüne Forderung teilen u. a. auch der Verband der Anwälte, der Richterbund, der Bund der Strafvollzugsbediensteten und der Bund der Brandenburgischen Staatsanwälte. Nordrhein-Westfalen hat übrigens in seinem opferorientierten Strafvollzug die vom Bund der Strafvollzugsbediensteten empfohlene Personalstärke umgesetzt.



MdL Sabine Niels (re.) mit
Fraktionsreferentin Katharina Strauß

www.gruenlink.de/i8e

© Fraktion

SCHWERE GEBURT

In Brandenburg gibt es ausreichend freiberufliche Hebammen, findet die Landesregierung. Zweifel sind angebracht. Nicht nur, weil Rot-Rot gar kein belastbares Datenmaterial dazu vorliegt. Stark gestiegene Haftungsrisiken, extrem geringe Einkünfte bei hoher Verantwortung und steigende Wegekosten gerade im ländlichen Brandenburg bringen GeburtshelferInnen dazu, ihre freiberufliche Existenz aufzugeben oder sich auf Vor- und Nachsorge zu beschränken.

Zu einer Willkommenskultur für Neugeborene gehört es aber, den Eltern die freie Wahl des Geburtsortes zu ermöglichen: Klinik, Geburtshaus oder Zuhause. Nachdenklich stimmt uns auch die hohe Zahl der Kaiserschnitte, die innerhalb der letzten zehn Jahre von knapp 20 auf fast 30 Prozent stieg – die Weltgesundheitsorganisation hält 15 Prozent für medizinisch gerechtfertigt. Wir wis-

sen nicht, ob diese hohe Rate auch an fehlender freiberuflicher Geburtshilfe liegt, wollen aber die Geburt nicht ausschließlich zu einer technischen Krankenhausangelegenheit werden lassen.

Mit unserer Anfrage haben wir das Thema aus der Grauzone in die Landtagsdebatte geholt. Unser Antrag zur Sicherstellung der Hebammenversorgung fand dort zwar keine Mehrheit. Aber die Abgeordneten wollen das Thema im Sozial- und im Gesundheitsausschuss diskutieren und ein öffentliches Fachgespräch dazu veranstalten.

Ursula Nonnemacher
Gesundheitspolitische Sprecherin



© xiquence/fotolia.com

www.gruenlink.de/jf6

GRÜNE FILMREIHE: NACH WRIEZEN (s. S. 11)

Jeweils mit Filmregisseur Daniel Abma und Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg.
Moderation: MdL, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

7. August 2013, 19 Uhr, Brieselang

Märkischer Künstlerhof, Platz des Friedens/
Bahnstraße 13/14, 14656 Brieselang (Nord)
Mod.: Ursula Nonnemacher

21. August 2013, 19 Uhr, Templin

Multiculturelles Centrum, Prenzlauer Allee 6,
17268 Templin
Mod.: Axel Vogel

14. August 2013, 19 Uhr, Brandenburg/Havel

cinemotion-Kino/Concerthaus Kino Branden-
burg, Steinstrasse 19, 14776 Brandenburg
Mod.: Marie Luise von Halem

19. Oktober 2013, 19 Uhr, Fürstenwalde

Filmtheater Union, Berliner Straße 10,
15517 Fürstenwalde/Spree
Mod.: Sabine Niels

19. August 2013, 19 Uhr, Potsdam

Thalia-Kino, Rudolf-Breitscheid-Straße 50,
14482 Potsdam
Mod.: Marie Luise von Halem

"Nach Wriezen" ist eine Produktion der
Hochschule für Film und Fernsehen (HFF)
"Konrad Wolf" Potsdam-Babelsberg.
www.hff-potsdam.de

brandGRÜN online – als Newsletter bestellen unter:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/service/abos-newsletter/

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Am Havelblick 8 , 14473 Potsdam
Tel. 0331 9661701
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Textredaktion: Frauke Zelt
Bildredaktion: Frauke Zelt
Titelbild: annililocke/fotolia.com
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Papier 100 % aus Altpapier,
Umweltengel



IM BRANDENBURGER LANDTAG